

Antrag
der Fraktion der CDU/CSU, SPD

betr. Verwaltungsrat der Lastenausgleichsbank

Der Bundestag wolle beschließen:

Gemäß § 7 Abs. 4 des Gesetzes über die Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte) vom 28. Oktober 1954 (BGBl. I S. 293) werden die nach § 6 der Satzung für die Lastenausgleichsbank (Bank für Vertriebene und Geschädigte) turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates, Abgeordneter Dr. Gradl und Dr. Schulz-Frey, für die Amtsdauer von drei Jahren wiedergewählt.

Bonn, den 18. Juni 1963

Dr. von Brentano und Fraktion
Ollenhauer und Fraktion